Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz)

Verlag Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franco gegen franco. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz Kreuzband Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate Die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 14. Donnerstag, 30. März. 1882.

Avis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Retourwandlung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unsern auswärtigen Abonnenten,

Filialen, Vertrauensleuten ꝛc. legen wir ans Herz, Abrechnungen und Abonnementserneuerungen, soweit noch nicht erfolgt, ungesäumt zu bewirken, ebenso wollen alle Abonnenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintreten muß.

Unsere Vertrauensadressen sind bekannt.

Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller.

Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere Beträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung.

Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankiren, wodurch uns erhebliche Verluste durch Strafporti entstehen, so bemerken wir hiemit wiederholt:

Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz kosten:

aus Deutschland (und dem übrigen Ausland) . 20 Pfg.
aus Oesterreich-Ungarn . . . . . 10 Krz.
Bei schwereren Briefen kosten immer je 15 Gramm weitere 20 Pfg., bezw. 10 Krz.

Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als wir ungenügend frankirten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Die Kulturfeindlichkeit der heutigen Gesellschaft.

Schon mehrmals ist im „Sozialdemokrat" auf die Versuche hingewiesen worden, welche jetzt in Deutschland, dem Lande der Denker und Schulen, von parlamentarischen und sonstigen Vertretern des Denkervolkes gemacht werden, um die Volksschule zu beschneiden und den Volksunterricht herabzudrücken. „Es wird in den Schulen zu viel gelernt", „das Meiste, was die Kinder in der Schule lernen, ist überflüssig, läßt sich nicht praktisch verwerthen", „fort mit dem siebenten Schuljahr, sechs Schuljahre genügen vollständig, was darüber ist, ist vom Uebel!" „Nieder mit der Foribildungsschule!" so klingt es uns von allen Seiten entgegen, selbst theilweise aus liberalen Kreisen; und in verschiedenen deutschen Kammern hat ein Ansturm gegen die Fortbildungsschule, und in einer, der bayrischen, gegen das siebente Schuljahr stattgefunden — ein Ansturm, der zwar abgeschlagen worden ist, sich aber wiederholen wird.

In unserer heutigen Volksschule zu viel gelernt! Welche Begriffe von Bildung muß haben, wer diesen Vorwurf erhebt! Nehme man doch einmal die Gesammtheit unseres Volkes und frage sich: wie viele der 30 und mehr Millionen Deutscher beiderlei Geschlechts, die das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben, sind im Stande, irgend ein bestimmtes Vorkommniß — wir wollen, um das Niveau nicht zu hoch zu setzen, abstrakte Betrachtungen ganz ausschließen — dessen richtige und gute Erzählung etwa vier Oktavbriefseiten beansprucht, korrekt zu schildern, so daß nicht grobe orthographische und grammatikalische (stilistische) Fehler darin enthalten sind?

Wie viele der 30 und mehr Millionen Deutscher, die das 16. Jahr hinter sich haben, sind im Stande, uns mündlich oder gar schriftlich korrekte Antworten auf Fragen zu geben, die den Kern der Wissenschaften berühren, jedoch nur soweit, als dies anerkanntermaßen zur allgemeinen Bildung, d. h. zu dem Minimum von Wissen und Kenntnissen gehört, das Jedermann sich angeeignet haben muß, um die Bezeichnung eines Menschen von Bildung zu verdienen?

Wie viele?

Von Hundert kaum Einer, wie alle Sachkundigen uns zugestehen werden.

Und da behauptet man, in der Schule würde zu viel gelernt! Daß manches Ueberflüssige heutzutage in der Schule gelernt wird, das ist freilich wahr. Der ganze religiöse Plunder, biblische Geschichte, neun Zehntel des sonstigen Geschichtsunterrichts — von anderem hier gar nicht zu reden — ist unzweifelhaft überflüssig und vom Uebel und müßte durch bessere Unterrichtsgegenstände ersetzt werden, wie denn überhaupt die ganze Unterrichtsmethode jetzt eine verkehrte ist, weil das Unterrichtsziel ein verkehrtes. Trotzdem würde auch bei bester Unterrichtsmethode eine Schulzeit von sieben Jahren für den Elementarunterricht — wohlgemerkt für den Elementarunterricht, der blos den Grund für die höhere Bildung legen soll — kaum nothdürftig ausreichen. Die Forderung, das siebente Schuljahr abzuschaffen, ist also geradezu eine Barbarei. Und das Nämliche gilt von der Forderung, daß die Fortbildungsschulen beseitigt oder doch wenigstens beschränkt werden sollen.

Auf zwei Ursachen lassen sich diese barbarischen Forderungen zurückführen, und gelegentlich der jüngsten Debatte des bayrischen Reichsrathes über das siebente Schuljahr wurden beide Ursachen vom Augsburger Bischof, Herrn von Dinkel, klar hervorgehoben:

„Die Hauptgründe, warum namentlich in ländlichen Kreisen die Beschränkung der Schulzeit gefordert wird, sind darin zu suchen, daß die Eltern die Arbeitskraft ihrer Kinder gebrauchen, und ferner in der Armuth der Gemeinden. Ich selbst war früher Lehrer an einer Dorfschule und gab mir die größte Mühe, dieselbe auf die Höhe der modernen Pädagogik zu heben, allein meine Anstrengungen scheiterten an den ärmlichen Verhältnissen."

Der Herr Bischof, der ungeachtet seines Amts lebhaft für die Volksbildung eintrat und wesentlich zur Vereitelung des Attentats seiner Amtsbrüder auf die Volksschule beitrug, hat hiermit den Nagel auf den Kopf getroffen.

Die Bildungsfrage ist in erster Linie eine ökonomische Frage und ein Stück der großen sozialen Frage, von der sie nicht zu lösen ist. Um speziell von der Schulbildung zu reden, so repräsentirt das schulpflichtige Kind ein Quantum von Arbeitskraft, das sich vortheilhaft verwerthen läßt. Nicht nur der Mastbürger weiß dies, der die Kinderarbeit nach Kräften auszunutzen beflissen ist, sondern auch der einfachste Bauer weiß es; und Mastbürger und Bauer sind deshalb mit gleichem Eifer — ersterer aus Habsucht, letzterer, wenn er Kleinbauer ist, meistens aus Noth — darauf erpicht, die Arbeitszeit auszunutzen. Und beim industriellen Bourgeois so gut, wie beim simplen Bauer führt die Erpichtheit auf die Kinderarbeit naturgemäß und folgerichtig zu einer Abneigung gegen die Schule, welche die Ausnutzung der Arbeitskraft des Kindes arg beschränkt, wo nicht vielfach ausschließt. Mit welcher Hartnäckigkeit hat die englische und französische Bourgeoisie bis in die neueste Zeit gegen den Schulzwang oder, richtiger ausgedrückt, gegen die allgemeine Schulpflicht gekämpft! Und haben wir Deutsche es nicht einzig dem Umstände, daß unsere Bourgeoisie in ihrer Entwicklung, in politischer und ökonomischer Macht hinter der englischen und französischen Bourgeoisie zurückgeblieben war, zu verdanken, daß die allgemeine Schulpflicht etliche Menschenalter früher als in England und Frankreich vom Staate proklamirt werden konnte? Unsere Bourgeoisie, im ersten Drittel dieses Jahrhunderts so entwickelt und mächtig, wie die englische und französische Bourgeoisie, und das vielgerühmte preußische Schulsystem der vor 48er Aera wäre unmöglich gewesen.

Unsere deutsche Bourgeoisie hat die Volksschule als eine vollendete Thatsache, als ein unabwendbares Uebel akzeptirt und sucht sich mit ihr abzufinden so gut es geht.

Nicht so der Bauer, den sie wirthschaftlich weit mehr genirt und schädigt. Er haßt die Volksschule in den innersten Tiefen seines Herzens, und wenn er auch seinem Haß nicht offen Luft zu machen und die totale Abschaffung der Volksschule zu fordern wagt, so äußert sich der Groll in der, immer größere Dimensionen annehmenden Bewegung gegen das siebente Schuljahr und die Fortbildungsschulen.

Das siebente Schuljahr, d. i. das 14. Lebensjahr des Kindes — welche Summe von Arbeitskraft steckt in diesem 14. Lebensjahr! Wie viele Millionen und Millionen Mark könnten ausgepreßt werden, wenn die Arbeitskraft, statt in der Schule vergeudet zu werden, hinter dem Pflug, im Haus, in der Fabrik ausgenutzt würde. Ja auch in der Fabrik! Denn obschon die Herren Bourgeois sich an der Bewegung gegen das siebente Schuljahr nicht betheiligen, so sähen sie den Sieg desselben doch sicherlich sehr gern.

Die Bauern aber haben schon ganz genau auf Heller und Pfennig ausgerechnet, was ihnen durch das 7. Schuljahr verloren geht.

Vorläufig ist der Sturm abgeschlagen, indeß wir haben bereits gesagt, der Angriff wird wiederholt werden, mit stets wachsenden Kräften wiederholt werden.

Schule und Bildung steht im Widerspruch mit den materiellen Sonderinteressen; und dieser Widerspruch wird immer greller, immer heftiger, je mehr die materiellen Sonderinteressen durch die heutige Gesellschaftsordnung gepflegt und gefördert werden. Er wird, falls wir nicht vorher die sozialistische Unterordnung der Sonderinteressen unter das Gemein-Interesse erzwingen, unfehlbar den Sieg der Schul- und Kulturfeindlichkeit zur Folge haben. —

Der zweite Grund, den der Bischof von Dinkel angab, hängt mit dem ersten innig zusammen: die Armuth der Gemeinden. Zahlreiche Gemeinden, ja weitaus die meisten Gemeinden sind wirklich zu arm, um gute Schulen einzurichten und erhalten zu können. Wir Sozialdemokraten haben daher von vornherein den Grundsatz aufgestellt, daß die Erhaltung der Schule Sache der Gesammtheit, nicht einzelner Gemeinden sein müsse.

Bismarck stellt seit anderthalb Jahren bekanntlich eine ähnliche Forderung auf: der Staat soll den Gemeinden die Schullasten abnehmen, die Schule soll Staatssache sein.

Welche Absicht der biedere Reichskanzler hiermit verfolgt, liegt auf der Hand: er will das noch übrige Restchen von Gemeindeselbständigkeit vernichten und die Schule in noch höherem Maße als gegenwärtig der Fall ist, zur Dressuranstalt für den omnipotenten Polizei-, Militär- und Junkerstaat machen. Daß eine solche Reform der Schule nicht zum Heil ausschlagen würde, bedarf keiner längeren Auseinandersetzung.

Genug, die Armuth der Gemeinden führt zur Vernachlässigung der Schulen, zur Abneigung gegen die Schulen.

Das Fazit ist:

Unsere heutige Mustergesellschaft, welche die Trägerin der modernen Kultur zu sein behauptet, und den Sozialismus als im Interesse der Kultur mit allen Waffen zu bekämpfenden Kulturfeind hinstellt, hat es glücklich so weit gebracht, daß die ungeheuere Mehrheit der Bevölkerung sich durch diejenige Einrichtung, welche vor Allem zur Pflege der Kultur berufen ist, die Schule, in ihren materiellen Interessen bedroht sieht, und deshalb die Schule mit wachsendem Grolle betrachtet.

Wir sagten: die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung. Das ist keine Uebertreibung. Es muß leider konstatirt werden, daß auch in den arbeitenden Klassen, soweit sie nicht die Ideen des Sozialismus in sich aufgenommen haben, der Wunsch nach möglichster Ausnutzung der Kinderarbeit noch sehr verbreitet ist. Thöricht wäre es, diese leicht nachweisbare Thatsache ableugnen zu wollen. Darin äußert sich ja gerade die Immoralität der heutigen Gesellschaft, daß diese das notorische Sonderinteresse in Konflikt mit dem allgemeinen menschlichen Interesse, mit dem sittlichen Kulturinteresse bringt, und den Einzelnen, welcher diese verderblichen Einflüsse nicht ethisch zu überwinden vermag, durch und durch korrumpirt.

Die Immoralität der heutigen Gesellschaft und ihre Kulturfeindlichkeit!

Durch nichts aber bekundet die heutige Gesellschaft ihre Kulturfeindlichkeit drastischer und unzweideutiger, als durch die von uns gekennzeichnete Feindschaft gegen die Schule.

Wir wollen nicht davon reden, daß die heutige Gesellschaft und der heutige Staat, weil auf der Grundlage der Klassenherrschaft und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhend, ihrer ganzen Natur nach der Volksbildung antagonistisch sein müssen, da ein wirklich gebildetes Volk weder beherrscht noch ausgebeutet werden kann. Wir wollten blos feststellen, daß die heutige Gesellschaftsordnung Verhältnisse und Gedankenströmungen schafft, welche ein Gedeihen der Volksschule unmöglich machen, und sogar die Existenz der Volksschule bedrohen.

Wahre Volksbildung ist nur möglich in einer sozialistisch organisirten Gesellschaft, und es ist hohe Zeit, daß der Sozialismus die Schule rettet vor den Angriffen der kulturfeindlichen bürgerlichen Ausbeutergesellschaft! W-t.

Der Sozialismus und die Judenfrage in Rußland.

I. Die Lage der Juden.

Die judenfeindliche Bewegung in Rußland, die neuerdings in allen zivilisirten Ländern lebhafte Diskussionen hervorruft, ist eine der komplizirtesten Erscheinungen der Gegenwart. Der Umfang dieser Bewegung ist ein so gewaltiger, daß im Vergleich damit die in Deutschland von Bismarck-Stöcker inszenirte Judenhetze mit ihren parlamentarischen und Volksversammlungsreden, Aufreizungsschriften und Zeitungen und den paar Putschen endlich — ein wahres Kinderspiel ist. In Rußland ist ein Vernichtungskampf gegen die Juden im Gange, an dem fast das gesammte russische Volk, Massen, Regierung und (mit einigen wenigen Ausnahmen) Intelligenz theilnimmt. Nach übereinstimmenden Berichten erstreckten sich die Verfolgungen im Laufe des letzten Sommers auf 160 Städte und Dörfer, 45 davon kommen auf das südliche Rußland, wo allein 23 Ermordungen von Männern, Frauen und Kindern und nicht weniger als 225 gewaltsame Schändungen an jüdischen Frauen und Mädchen verübt worden sind, unter denen 17 den Tod zur Folge hatten. Im Ganzen wird der Eigenthumsverlust der Juden auf 16 Millionen Pfund Sterling (320 Millionen Mark) geschätzt, und 100,000 jüdische Familien, wovon 60—70 Prozent produktive arbeitsame Handwerker und arme Arbeiter, sind durch Plünderung, Mord und Brandstiftung um ihr letztes Gut, um ihre Existenz gekommen und in das äußerste Elend gestürzt. Der Landstrich, auf dem sich diese Ereignisse abspielten, ist an Umfang und Größe den britischen Inseln mit Frankreich zusammengenommen, gleich und erstreckt sich vom baltischen bis zum schwarzen Meere. Welches sind nun Veranlassung, Bedeutung und Gründe dieses eigenartigen Kampfes gegen eine ganze Nationalität? Diese Frage verdiente wohl eingehender erörtert zu werden, aber wir wollen hier nur die wichtigsten Punkte beleuchten und hauptsächlich die Stellung, welche die sozialistischen Parteien Rußlands zu diesen Ereignissen genommen haben, berücksichtigen, sowie die Rückwirkungen, die diese fürchterlichen Verfolgungen unter der jüdischen Bevölkerung selbst hervorriefen, anführen.

Es ist zweifellos, daß die Bewegung gegen die Juden nirgends und niemals von den russischen Revolutionären ausgegangen ist, und zwar aus vielfachen Gründen. Erstens verfügen diese Revolutionäre gar nicht über eine so ausgedehnte und zahlreiche Organisation, um einen solchen systematischen, ausgebreiteten und anhaltenden Aufruhr hervorzurufen und zu leiten. Zweitens waren die prinzipiell klaren Sozialisten stets Gegner einer Rassen- und Religionshetze; drittens konnten nur Verblendete nicht

einsehen, daß die Regierung bei dieser Bewegung die Hand im Spiele hat, und daß unter diesen Hetzen die Unglücklichsten und Unschuldigsten — das jüdische Arbeiterproletariat — am meisten leiden würden. Daß die russische Regierung die direkte und indirekte Anstifterin dieser Mördereien war, dafür gibt es Beweise mehr als genug. Es ist Thatsache, daß die Behörden überall die zerstörenden und wüthenden Massen gewähren ließen, und daß die Bitten der Juden um Schutz und Hilfe von Seiten der Behörden mit Hohn und Schimpf beantwortet wurden. Und das Verhalten der unteren Behörden wurde offenbar von der höheren und höchsten ausdrücklich bestimmt und angeordnet. Die infame Henkerbande, die jetzt in Petersburg regiert, unterscheidet sich von ihren Vorgängern durch einen fanatischen und dornirten Haß gegen alles Nichtrussische und durch den Charakter der sogenannten schlauen Intriguenpolitik, oder richtiger: feigen, lügenhaften und impotenten Politik des Versteckens und des Hinterhaltes. Die Situation, die die jetzige Regierung bei ihrem Antritt vor einem Jahre im Lande vorfand, war eine dermaßen verzweifelte, die Aufregung in ganz Rußland durch die Hinrichtung Alexander des Zweiten eine derart mächtige, daß man nach einem Ausgang aus einer solchen Situation trachten mußte. Ignatieff, der orientalische Mephisto, fand auch die richtige Lösung. Er ließ die Volkswuth an den Juden austoben und suchte damit mehrere Zwecke auf einmal zu erreichen. Das Volk werde seinen Grimm, seine gerechte Erbitterung wegen seiner jämmerlichen ökonomischen und moralischen Lage gegen die Juden allein auslassen und die nicht jüdischen Blutsauger, den Zaren und die Beamten, dabei aus dem Auge verlieren, seine Aufmerksamkeit werde dadurch von den innern Angelegenheiten abgelenkt werden. In zweiter Linie sollten die Behörden die Unruhen bis zu einem gewissen Grade sich entwickeln lassen, ja sie sogar provoziren und hinterher die eifrigsten und „unberufenen" Rädelsführer der Massen abfassen, hinter Schloß und Riegel bringen und zuletzt in den Kerkern und Bergwerken Sibiriens verkommen lassen. Die Juden haben also die Sündenböcke abgeben müssen für all' das Elend, welches unter der jetzigen Regierung und den heutigen Zuständen auf dem russischen Proletariat lastet. Und vor Allem waren die Juden der Regierung schon darum verhaßt, weil aus ihnen ein sehr beträchtliches Kontingent von aktiven Revolutionären und oppositionellen Parteigängern in allen Schichten und Kreisen des russischen Volkes gestellt wird. Das Letztere ist von russischen hohen Beamten mehrmals ganz offen und laut verkündet worden.

Man muß Ignatieff diesmal das Zeugniß geben, daß ihm sein Plan gelungen ist. Für Judenhetzen wird es immer Boden geben, solange die heutige Produktionsweise existirt und die Juden in gleichem Maße mit den anderen Nationen sich an dem Treiben der kapitalistischen Gesellschaft betheiligen, umsomehr aber in den Ländern, wo die Massen in Unmündigkeit und Elend gehalten werden, wo die natürlichen Rechte jedes Menschen noch nicht zur Geltung gelangen und die arbeitenden Klassen weder ihre wahre Lage noch ihre wahren Interessen begreifen. So hat sich denn das gesammte russische Volk mit geringen Ausnahmen von der schlau angelegten Provokation Ignatieff's leithammeln lassen. Die Judenkrawalle verbreiteten sich mit rasender Schnelligkeit und wachsender Wuth. An vielen Orten kam es sogar zu Reibereien zwischen Behörde und Massen, die allerdings ein für die Regierung höchst verhängnißvolles Schwinden aller Autorität offenbarten. Die Prozesse, die den Theilnehmern an den Gewaltthätigkeiten gemacht wurden, wurden in ein gewisses Dunkel gehüllt und man wußte oft nicht, wer und weswegen bestraft wurde. Das eine Mal wurden die Anstifter und Betheiligten an den Krawallen mit ausnehmender Milde behandelt, das andere Mal mit ausgesuchter Strenge; die Beweise gegen die Angeklagten waren meistens sehr schwankend und schwach. Kurzum, man hat offenbar die wirklich Schuldigen laufen lassen und nur die unbewußten Werkzeuge auserlesen und sie mit barbarischen Strafen belegt.

Zugleich deutete die Regierung die gegen die Juden herrschende Stimmung dazu aus, eine Reihe von Maßregeln zur erneuten Bedrückung derselben durchzusetzen. Alles, was die russische Barbarei an Beschränkungen, Rechtsverletzungen und Zwang erdenken konnte, wurde auf die Häupter der ohnehin schon von den grandiosen Verfolgungen dezimirten Juden abgeschüttet, und diese Maßregeln finden nur in dem deutschen Sozialistengesetz ihres Gleichen. Die Stellung der Juden sowie überhaupt aller Andersgläubigen in Rußland war und ist eine rechtlose; der Andersgläubige ist ein Paria in dem russischen Sklavenstaate. Die neuesten Beschlüsse der in Petersburg tagenden, von dem Zaren eingesetzten Kommission zur Erörterung der Judenfrage lauten nun dahin, daß 1) den Juden allerorts die Fabrikation und der Ausschank von Spirituosen gänzlich verboten werden. 2) Aus den Dörfern und kleinen Landstädten sollen alle, auch nicht mit Spirituosen handelnden, Juden vertrieben werden. Nur diejenigen Juden sollen dort wohnen bleiben dürfen, für welche die Ortsobrigkeit die Bürgschaft übernimmt, daß ihnen kein Leid geschehen werde. 3) Das bestehende Gesetz, nach welchem kein Jude Felder und Grundeigenthum erwerben darf, soll erneuert, bekräftigt und ausgeführt werden. 4) Auch in den Städten, wo die Juden die Mehrzahl bilden, deren Magistrat bisher zu einem Drittel aus Juden und zu zwei Dritteln aus Christen bestand, die Juden aber auch diese zwei Drittel, sogar den Magistratsvorsteher, der immer ein Christ sein mußte, mitwählen konnten, sollen fortan die Juden dieses aktive Wahlrecht nicht mehr haben. 4) Den Juden, die sich am Kaspischen Meere niederlassen und dort Feldbau treiben wollen, soll dies gestattet sein. Gezwungen sollen sie nicht werden, auch keinerlei Unterstützung dazu erhalten.

Man kann sich allerdings nicht sehr darüber ereifern, wenn den Juden das verwerfliche und schändliche Schankgewerbe verboten wird. Mögen sich die Bourgeoisblätter aller Länder, die Pietisten Englands Allen voran (die dabei ein paar Christen unter den orthodoxen Juden fangen wollen) darüber in Entrüstung ergehen. Wir werden die Letzten sein, zu bedauern, wenn, wie die Bourgeoisblätter berichten, angeblich 300,000 Familien veranlaßt werden, sich zu produktiveren Erwerbszweigen und einer würdigeren Thätigkeit zu wenden. Es thut uns nur leid, daß diese Lektion den Juden von den Räubern an der Newa gegeben wird, die doch dabei auch nichts Anderes im Auge haben, als dieses schöne Gewerbe aus den Händen der Juden für ihre nationalen Gemeindefresser (Mirojedi) und Parasiten zu nehmen. Aber eine Lösung der Judenfrage sind denn doch auch diese Verbote und Polizeimaßregeln nicht.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 29. März 1882.

— Wie schaut's aus? Der Jubel über die Ablehnung des Tabakmonopols durch den Volkswirthschaftsrath ist schnell verstummt vor der Thatsache, daß diese „Rathgeber" der preußischen Regierung sich mit überwiegender Majorität für eine höhere Besteuerung des Tabaks ausgesprochen. Das ist gehüpft wie gesprungen, schrieben wir in voriger Nummer, nach reiflicher Ueberlegung aber müssen wir sagen, das ist noch besser für Bismarck und schlimmer für die Arbeiter. Was will Bismarck? Geld, Geld und wiederum Geld. Und da ihm nach seiner Ansicht das Monopol am meisten Geld bringt, so gibt er diesem natürlich den Vorzug. Für das Monopol aber, so viel hat er gemerkt, ist selbst der deutsche Reichstag nicht zu haben, es verletzt zu viel Interessen. Also muß der Reichstag mürbe gemacht und die Opposition gegen das Monopol gesprengt werden. Das soll durch die höhere Tabaksteuer geschehen. Auf jeden Fall verkauft werden dabei die Arbeiter, Kleinhändler und Kleinfabrikanten. Die Letzteren werden ruinirt, die Reihen der Ersteren infolge des geschwächten Konsum's erheblich gelichtet. So wird nach ein paar Jährchen erhöhter Tabaksteuer die Zahl der zu Entschädigenden wesentlich geringer, von den Uebriggebliebenen aber wird ein Theil gekauft, ein anderer läuft freiwillig über, und den Rest, die charaktervollen Arbeiter, beißen die Hunde, sie müssen die Zeche bezahlen. Der „Volkswirthschaftsrath" aber hat auf sehr unschädliche Art seine „Unabhängigkeit", d. h. seine Unschädlichkeit bewiesen.

Die Zeitungen streiten sich jetzt herum, wann Bismarck nun eigentlich den Reichstag einberufen wird, und ob er ihn, falls dieser das Tabaksmonopol verwirft, auflösen wird. Die Nachwahl in Bunzlau, wo trotz Wilhelm's Botschaft die Fortschrittler, die am 27. Oktober dort noch keine einzige Stimme erhalten hatten, gleich im ersten Wahlgang gegen die Gegenparteien — deutschkonservativ, freikonservativ, sezessionistisch-liberal — den Sieg davontrugen, wird den genialen Staatsmann schwerlich ermuthigt haben, einen „Appell an das Volk" zu riskiren. Er könnte arg hineinfallen, die Unzufriedenheit sitzt so tief im Volke, daß alle schönen Versprechungen nicht ziehen, es wählt so oppositionell, als es nur Gelegenheit hat. Wäre unsere Partei im Bunzlauer Kreise aufgetreten, so hätten auch wir zweifelsohne eine stattliche Stimmenzahl erhalten. Darum mag der „Geniale" sich entscheiden, wie er will, wir sehen dem Dinge mit Seelenruhe entgegen: er wird uns allezeit gerüstet finden.

Der Kriegslärm ist mittlerweile auch verstummt. „Väterchen" Alexander tauscht mit seinem „theuren Vetter" Wilhelm Liebesschwüre aus, da ihm das Ding mit einem Kriege doch mehr wie bedenklich vorkam. Wir haben allen Grund, mit diesem Gang der Dinge zufrieden zu sein. Rußland kann den Frieden ebensowenig ertragen als den Krieg, in seinem Inneren gährt es immer wilder, die Ablenkung der Volksleidenschaft auf die Juden kann naturnothwendig nur kurze Zeit vorhalten, so daß die Regierung trotz Ignatieff's Schlauheit dem Volke wird Konzessionen machen müssen. Und das ist für den Zaren-Absolutismus der Anfang vom Ende, ein 1789 für Rußland. Wie es in Deutschland steht, haben wir oben gezeigt. Auch hier könnte ein Krieg die revolutionäre Entwicklung nur aufhalten. Die Auswanderung nimmt immer größere Dimensionen an, aber ebenso stark wächst die Zahl der Unzufriedenen im Lande. Der erhoffte Industrieaufschwung ist ausgeblieben, sogar in der Berg- und Hütten-Industrie geht es schon wieder abwärts. Die Ueberproduktion ist chronisch, die Löhne stehen jämmerlich niedrig und sinken dabei ununterbrochen, Noth und Elend nehmen in entsetzlichem Maße überhand. Regierung und Parlamente aber erweisen mit jedem Tage mehr ihre totale Unfähigkeit, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft Abhilfe zu schaffen. So drängt auch hier Alles zur gewaltsamen Katastrophe, die wir zwar nicht machen können, die aber auch die Feinde der Volkssache mit all' ihren Intriguen nicht aufhalten werden. Wenn sie sich am sichersten wähnen, wird sie sie überraschen, uns aber, die Partei des Proletariats wird sie nicht unvorbereitet finden. In die Reihen der Volksfeinde wird sie einschlagen wie ein Blitz aus heiterem Himmel, uns aber, dem arbeitenden Volke, wird sie aufgehen, wie die langersehnte Frühlingssonne nach dunkler Winternacht, erleuchtend, belebend und erwärmend. Und wie es der Osten ist, in dem die Sonne am Firmament emporsteigt, so blicken Tausende von Proletariern sehnsüchtig nach Osten, den Tag erwartend, an dem es heißen wird:

Seht, wie von Osten her nach West,
So hell die Flamme loht!
Nun wallt, ein feuriger Protest,
Hoch unsere Fahne roth!

— „Die Gesetzlichkeit" der herrschenden Klassen bekundete sich neulich recht hübsch im preußischen Landtage. Der klerikale Abgeordnete Lieber tadelte die Handlungsweise eines Landrathes, eines gewissen von Runkel, und wurde dafür, obgleich das Duell durch das Strafgesetz verboten ist, von diesem Wächter des Gesetzes zum Duell herausgefordert. Herr Lieber war so vernünftig, dem Landrathe einen Korb zu geben. Ob dieses seines gesetzlichen Verhaltens wurde er nun in der Landtagssitzung vom 20. d. von der Rednertribüne herab auf's Gemeinste angegriffen. Ein Graf Limburg-Stirum zieh ihn indirekt der Feigheit, und als Herr Lieber dann auf England und Belgien hinwies, wo die Kultur und gute Sitte das Duell vollständig verdrängt habe, und sich schließlich auf die Religion und das Strafgesetzbuch stützte, da lachten die Herren von der Rechten mit ihrem bekannten Gewieher, das sie im Pferdestall gelernt haben.

Thatsache ist: das Duell verträgt sich nicht mit dem praktischen oder unpraktischen Christenthum, das die Herren von der Rechten, d. h. die „Staats- und Gesellschaftsspitzen", stets im Munde führen; und Thatsache ist: es verträgt sich nicht mit dem Gesetz, als dessen Hüter par excellence die Herren von der Rechten sich aufspielen.

Thatsache ist aber, daß diese nämlichen Herren von der Rechten trotz ihres angeblichen Christenthums und gesetzlichen Sinnes nicht blos dem Duellunfug selber huldigen, sondern auch Jeden, der ihm nicht huldigt, der Ehre verlustig erklären und in Acht und Bann thun.

Es ist das allerdings nur ein relativ unbedeutender Punkt; aber dies kleine Beispiel zeigt recht schlagend, was von dem Christenthum und der Gesetzlichkeit unserer Staats- und Gesellschaftsspitzen zu halten ist.

— Die sozialen Kurpfuscher gleichen sich alle darin, daß jeder seine bestimmte Panacee hat, welche sämmtliche Uebel der heutigen Gesellschaft prompt und unfehlbar heilt. Der Eine glaubt, daß die Goldwährung an allem Elend schuld sei, und kurirt die ganze Noth der kranken Zeit mit Doppelwährung oder Bimetallismus. Der Andere leitet die Volksverarmung, den Untergang des kleinen Handwerkerstandes und des Kleinbauerthums aus dem Wucher her, und glaubt, das irdische Jammerthal würde sich sofort in ein himmlisches Paradies verwandeln, wenn man den Wucher gewaltsam unterdrückte, und, zur allgemeinen Aufmunterung, dann und wann ein paar Juden todtschlüge. Wieder Andere — und mit dieser Spezies wollen wir uns jetzt ein paar Minuten beschäftigen — haben im Hausirhandel die Wurzel aller wirthschaftlichen und sittlichen Uebel erkannt, und schlagen als soziales Universal-Wunderheilmittel das Verbot des Hausirhandels vor. Hören wir nun einen der Herren:

„Der Hausirhandel ist die Wurzel schwerer wirthschaftlicher und sittlicher Mißstände; er saugt das Volk aus, und so lange er nicht beseitigt wird, helfen auch die Kreditgenossenschaften, die man hier und da errichten will, nicht viel. Dieser Hausirhandel muß eben einfach gesetzlich verboten werden. In früherer Zeit, wo in vielen Dörfern noch keine Fleischer oder Krämer waren, mag der Hausirhandel ein Bedürfniß gewesen sein, in einzelnen abgelegenen Ortschaften mag er es mit gewissen Lebensbedürfnissen noch sein, aber im Allgemeinen ist er kein Bedürfniß mehr, sondern das größte wirthschaftliche Verderben für unser Volk und muß deshalb beseitigt werden. Wer Handel treiben will, soll sich einen Laden halten, und warten, bis die Leute zu ihm kommen, um ihre Bedürfnisse zu kaufen. Wir sind überzeugt, daß dann die Leute auf dem Lande nicht halb so viel Geld in verfehlter und gemeinschädlicher Weise ausgeben oder borgen, daß dem Wucherthum der wirksamste Riegel vorgeschoben und der Wohlstand unseres Volkes in ungeahnter (!) Weise sich heben wird. Wenn unser Bauernstand früher wohlhabender war als jetzt, so ist der Hauptgrund der, daß ihm die Hausirer nicht so Tag für Tag vor der Thüre lagen, wie das jetzt der Fall ist."

Genug!

Dieser schreckliche Hausirhandel! Im Allgemeinen saugt er das Volk aus, und im Besonderen richtet er den seßhaften Krämer zu Grunde. Gäbe es keine Hausirer, so würde das Volk nicht ausgesogen, so würde der seßhafte Krämer auf einen grünen Zweig kommen. Also nieder mit dem Hausirhandel!

Der grimme Hausirerfeind denkt nicht daran, sich einmal die Frage vorzulegen, wo denn eigentlich der Reichthum hinkommt, welchen der Gottseibeiuns von Hausirer dem Volk im Allgemeinen und dem seßhaften Krämer im Besonderen aus der Tasche nimmt. Der Hausirer selbst kann unmöglich den Reichthum behalten, denn er ist notorisch ein armer Teufel, ein halbverhungerter Schlucker. Er müßte also, aus irgend einer raffinirten diabolischen Berechnung, vielleicht um der Welt eine Nase zu drehen, den Raub wie einen Nibelungenhort aus Bosheit irgendwo versteckt haben, wo Niemand hindringen kann.

Scherz beiseite! Daß der seßhafte Krämer dem Hausirer nicht hold ist, begreifen wir sehr wohl; wir geben auch zu, daß er von ihm einigen Schaden zu erleiden hat. Aber doch nur in ganz unbedeutendem Maße. Indeß, so ist es nun einmal; das letzte Gläschen ist's, welches den schwankenden Zechbruder umwirft, und es ist die letzte Feder, welche den Rücken des überlasteten Kameels zerbricht. Der Hausirer und der Wucherer, das sind die letzten Federn, welche den Rücken des Kleinhandwerkers, Kleinhändlers, Kleinbauern, kurz des „Kleinen Mannes", zerbrechen. Die Zentner, welche schon aufgepackt waren, die erdrückende Wucht der großkapitalistischen Konkurrenz — das Alles zählt nicht; der arme Tropf von Hausirer, der dem schon bankerotten Kleinkrämer für ein paar Groschen Kundschaft entzogen hat; der Wucherer, diese Hyäne des ökonomischen Schlachtfeldes, die das in den letzten Zügen daliegende Opfer des Konkurrenzkampfes bis auf die Haut auszieht und ausplündert — sie sind an dem Bankerott schuld und an den verderblichen Folgen des Konkurrenzkampfes. Und so gewiß sie daran schuld sind, so gewiß wird das Verbot des Hausirens und des Wuchers die kranke Gesellschaft wieder gesund machen.

Es ist wirklich schwer, an die Aufrichtigkeit solchen Aberwitzes zu glauben. Freilich, wenn es sich um Leistungen der Dummheit handelt, namentlich auf ökonomischem Gebiete, dann gibt es kein „unmöglich". Und nun gar erst, wenn sich, was meistens der Fall, zu der Dummheit der böse Wille und gleißnerische Heuchelei gesellt!

— Der Pferdefuß. Die „arbeiterfreundlichen" Innungsschwärmer fühlen sich ihrer Sache schon so sicher, daß sie ungenirt den Pferdefuß präsentiren, der diese Geister und ihre Bestrebungen in's rechte Licht stellt. In der „Innung", redigirt vom Dr. Polekowski, schimpft da ein „Arbeiter" mit den üblichen Redensarten der Spießbürger über die Trunksucht unter den Arbeitern, und der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß der Passus der Gewerbe-Ordnung, nach welchem der Lohn des Arbeiters nicht mit Beschlag belegt werden darf, vom Uebel ist und „im Interesse von Arbeiter und Handwerker" beseitigt werden muß. Vorläufig soll jeder Gläubiger das Recht haben, wenigstens 10 % vom Lohn zu pfänden. Durch diese Einschränkung würde „ein großer Schritt zur Besserung des Arbeiters erfolgen und wieder Ehrlichkeit und gute Sitten an Stelle der heutigen Verwilderung treten!"

In der That ein Schlaumeier, dieser — „Arbeiter". Während heute der Schankwirth, der einem Trunkenbolde leiht, und so die Trunksucht befördert, kein Mittel hat, derartige Schulden einzutreiben, würde er nach diesem Vorschlage noch extra dazu ermuntert werden, durch die Aussicht, auf den Lohn Beschlag legen zu dürfen! In Wahrheit aber handelt es sich hier gar nicht um den Trunkenbold, bei dem vom Lohn gewöhnlich herzlich wenig die Rede ist, es handelt sich vielmehr darum, die tüchtigen, klassenbewußten Arbeiter in wirksamere Sklaverei zu bringen. Die Lohnbeschlagnahme soll wieder „gute Sitten" einführen.

Und das Blatt, welches solche Vorschläge macht, ist antisemitisch und bekämpft angeblich die Herrschaft des Geldsacks. Eine schöne Bekämpfung! Würdig jener christlich-germanischen Ehrenmänner, welche über den jüdischen Schwindel zetern und sich nicht scheuen, ganz ernsthaft ihren Gesinnungsgenossen zuzurufen:

Betrügst du den Juden mit 'nem lahmen Schimmel,
So freuen sich alle Engel im Himmel!

Und das Gesindel wundert sich, daß die Arbeiter ihm verachtungsvoll den Rücken kehren!

— Zur Märzfeier. In Genf hatte der Verein „Die junge Schweiz" ein Bankett zur Feier des 18. Märzes arrangirt, welches, wie der „Précurseur" mittheilt, einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Das Lokal war schon vor der angesetzten Zeit überfüllt, so daß die später Kommenden umkehren mußten. Nachdem die Bürger Mayer, Héritier und André die Bedeutung des Tages in feurigen Ansprachen hervorgehoben, erhielt unser wackerer Vorkämpfer Johann Philipp Becker das Wort. Der Anblick dieses alten Kämpfers, dieses Veteranen der Revolution, heißt es im Bericht des „Précurseur", rief begeisterten und frenetischen Beifall hervor, der den Saal erdröhnen machte. Becker erklärte zunächst, daß man nicht Sozialist sein kann ohne Revolutionär zu sein, wie man nicht Revolutionär sein könne ohne Sozialist zu sein; er gibt darauf eine kurze Schilderung der Revolution des 18. März 1848 in Berlin und bedauert, „daß die Revolutionäre, als sie den König zwangen, vor den Opfern des Straßenkampfes den Hut abzunehmen, ihn nicht auch zwangen, den Kopf zu lassen. Nicht Hut ab! sondern Kopf ab! hätte es heißen sollen (donnernder Beifall)."

Noch sprachen mehrere Redner, darunter auch verschiedene deutsche Arbeiter, sowie Genosse B. Limanowski, welcher der Betheiligung der polnischen Revolutionäre im Kampf für die Pariser Kommune gedenkt. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die sozialdemokratische universelle Republik.

— Volksparteilich-demokratisches. In Heilbronn war's, und die ehrenwerthe Bürgerschaft feierte auf einem Bankett den Geburtstag des deutschen Kaisers, Wilhelm der Siegreiche genannt. Der Bankdirektor hatte als erste „Notabilität" die Schweifwedelei mit dem Hoch auf den Kaiser eröffnet, der Rektor als zweite wedelte das Hoch auf den württembergischen Landesvater. Als dritter im Bunde trat ein Herr Louis Hentges auf, und wetterte mit jener sittlichen Entrüstung, die allen Bedienten so schön ansteht, gegen die bösen Menschen los, die es wagen, mit den heutigen Zuständen in Deutschland unzufrieden zu sein. Wir heben aus der Rede dieses Bismärckers einige kostbare Perlen heraus:

— — „Auch die vielen Milizhelden werden stille, um nicht dem Fluche der Lächerlichkeit zu verfallen, und die stets von ihnen grau gemalte Armee nimmt wieder eine helle Farbe an." — —

— — „Nichts Neues unter der Sonne", sagt ein altes Sprichwort. Wenn wir das vor mehr als 3000 Jahren aus Egypten gezogene Israel in seinem damaligen Zustande betrachten, so bietet sich manche Aehnlichkeit mit uns Deutschen. Hier wie dort Sträuben und Murren, das begonnene Werk zum Austrag zu bringen, auf Seite des Volkes bei jedem scheinbaren Hindernisse, bei den Führern dagegen unsägliche Geduld und den Undank im steten Gefolge; die Fleischtöpfe Egyptens, das bessere Theil der vergangenen Zeiten, bleibt im Gedächtnisse, aber die Schmach der Fremdherrschaft, der Mißachtung und nationalen Niedrigkeit sind längst vergessen. Noch stehen der Kaiser und Kronprinz mit Männern wie Bismarck und Moltke und ihren Geistesverwandten an der Spitze des diplomatischen und militärischen Regiments, aber die Meisten sind in einem Alter, wo jeder Tag eine für uns sehr unliebsame Aenderung bringen kann". — —

— — „Wenn im Gegensatze jene Heißsporne, welche unserem berühmten und großen Kanzler das Leben verbittern, zeitweilig oder ganz vom Schauplatze abtreten, wird wenig Herzeleid im Volke entstehen, denn für die Geister der Streitsucht und Zwietracht gibt es leider in Deutschland noch reichlichen Ersatz."

So der Bismärcker. Und nun erhebt sich einer der Angegriffenen, der volksparteiliche Abgeordnete Härle, der auf diesem Bankett der Bourgeoisie nicht fehlen durfte, und spricht — wir zitiren nach der Neckar-Zeitung — folgende, seine „Demokratie" ins hellste Licht stellenden Worte:

„Wir haben, äußerte Redner, in letzter Zeit häufig und auch heute hier aus dem beredten Munde eines unserer wärmsten Vater-

landsfreunde (!) beklagen hören, daß die Verhandlungen des Reichstags mitunter einen allzuschroffen Ton trugen. In dieser Richtung möchte er sich erlauben, zu sagen, daß hier Manches dem Fernerstehenden in schlimmerem Lichte erscheine, als es in Wirklichkeit sei; er gebe aber gern zu, daß bei den Reichstagsverhandlungen von jeder Partei, von Rechts und Links, die verschiedenen Ansichten in durchaus offener, freimüthiger Weise zum Ausdruck gebracht werden, und man sollte denken, daß diese Gewohnheit nicht verdiene, beklagt zu werden. Ueber den Weg, welcher für das Wohl des Volkes und unseres lieben theueren Vaterlandes einzuschlagen sei und eingeschlagen werde, werde es stets verschiedene Meinungen geben; insbesondere bei volkswirthschaftlichen Fragen liege es nahe, daß nach der Natur der Dinge widerstreitende Ansichten zu Tage treten, was jedoch im Interesse einer gründlichen, den Gegenstand nach allen Seiten hin beleuchtenden Berathung nur erwünscht sein könne. Hoch über allem Streit und Hader der Parteien erhaben aber stehe die Persönlichkeit unseres ehrwürdigen greisen Kaisers und man(!) dürfe wohl sagen, **daß in seiner Verehrung keine Partei der andern den Vorrang lassen wolle.** Wir verehren ihn besonders auch darum, weil wir heute in ihm den Wächter und Hüter des europäischen Friedens erblicken; und wenn auch vielleicht die Bande der Fremdschaft, die nach gewisser Seite hin an seine Person sich knüpfen, ihre frühere Wirksamkeit allmälig nicht mehr zu bewähren scheinen, so glauben wir doch nicht, daß ihm am Abend seines thatenreichen Lebens das Schicksal noch einmal den Degen in die Hand drücken werde. „Welches Geschick aber auch von der Vorsehung uns vorbehalten sein mag, die Einheit unseres Volkes unter unserem ruhmreichen Kaiserhause (!) wird ein fester Damm sein gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommen möge, und die deutsche Einheit, die Einheit unseres Volkes, darauf bitte ich Sie mit mir zu trinken, sie lebe Hoch!"

Und begeistert ob der Rede ihres „demokratischen" Abgeordneten stimmt die ganze national-servile Gesellschaft in das Hoch ein, Herr Heutges, der eben noch zürnende, springt auf und erklärt, „unter stürmischem Jubel", daß er an den biederen deutschen Gesinnungen des Herrn Härle nie gezweifelt. „Das aber, was unser Herr Abgeordneter heute geäußert, das sei das schönste Programm, welches er je von ihm gehört habe!" „Der Schluß dieser kurzen Rede", heißt es weiter", bestehend in einem Hoch auf unsern Reichstagsabgeordneten Härle, war unter dem Jubelruf der Versammelten kaum mehr zu vernehmen."

Kurz, Alles war ein Herz und eine Seele. Natürlich wurde noch ein Hoch auf den eisernen Kanzler ausgebracht, „von dem die Geschichte noch nach tausend und abertausend Jahren erzählen wird, während von den Abgeordneten, die ihm entgegengetreten, bald kein Mensch mehr reden wird." Auch in dieses Hoch stimmte „Demokrat" Härle ein, und warum sollte er auch nicht? Seine volksparteilichen Wähler lassen sich auch das von ihm gefallen. „Es fällt ihnen gar nicht ein", schreibt uns ein Genosse, „ihren" Härle zur Rede zu stellen. Sie ziehen es vor, wie der Vogel Strauß, den Kopf in den Sand zu stecken; sie sind eben ihres Abgeordneten vollkommen würdig. Schade nur, daß Herr Ludwig Pfau in Paris, auch ein Heilbronner und ein Freund Härle's, aber im Unterschied von diesem ein wirklicher Demokrat, seine Rede wahrscheinlich nicht zu Gesicht bekommt. Der würde sich gewiß nicht lange besinnen, dem Renegaten die Freundschaft zu kündigen."

So unser Genosse. Wir aber empfehlen dem Moniteur der „Volkspartei", der biederen „Frankfurter Zeitung", ihren fortschrittlichen Freunden gegenüber, wenn diese den Republikanismus abschwören, den Mund nicht gar zu voll zu nehmen, sondern erst einmal ihrem volksparteilichen Genossen einen jener schönstylisirten, selbstbewußten Leitartikel zu widmen, mit dem Motto:

Sie haben Königsmördern Ruhm verliehen,
Sie haben hoch die Republik geschrieen,
Jetzt sind sie liberal, doch stets erbötig,
Den Rock zu wechseln und die Haut, wenn nöthig!

— Er ruhe in Frieden, der „Staats-Sozialist" nämlich, der selig im Herrn entschlafen ist. Er starb einen schönen Tod, denn er sinkt in dem erhebenden Bewußtsein dahin, daß „seit Deutschlands glorreichster Kaiser die Lösung sozialer Fragen im christlichen Sinne mit feierlichen Worten als den Schlußakt seiner wunderbar gesegneten Regierung proklamirt hat und das Streben dafür der reichen Krone hohenzollerscher Traditionen als eine kostbare Perle eingefügt hat, diese Perle nie wieder aus jener Krone entfernt werden kann".

In der That, sehr trostreich, dieses Bewußtsein — notabene für den deutschen Spießbürger. Die deutschen Arbeiter aber, roh und pietätlos wie sie sind, denken kühl: wat wir uns davor koofen — für die kostbare Hohenzollernperle nämlich.

Ein Exempel aber wollen wir den Gelehrten des „Staatssozialist" noch zu guter Letzt auf den Weg geben: Der „Staatssozialist" erscheint offen im deutschen Reich, an ihm arbeiteten Männer mit, denen man Wissen und Geist nicht absprechen kann, und trotzdem muß er — seien wir offen! — an Abonnentenschwindsucht eingehen. Der „Sozialdemokrat" erscheint in der Schweiz, neben sich ein Blatt mit gleicher Tendenz, seine Verbreitung ist in Deutschland verboten, das bloße Abonnement bereits gefahrvoll für den Leser, der Preis um die Hälfte höher als der des „Staatssozialist", sein Leserkreis, da die Bourgeoisie heute viel zu feige ist, ein verbotenes Blatt zu lesen, besteht lediglich aus Arbeitern, deren Lage mit jedem Tage, trotz der Kaiserlichen Botschaft, eine schlechtere wird, und trotzdem steigt das Abonnement des „Sozialdemokrat" von Woche zu Woche, und zwar derart, daß wenn der „Staatssozialist" nur den dritten Theil unserer Auflage hätte, er nicht im Vertrauen auf die „kostbare Perle" auszuhauchen brauchte, sondern blühen und Früchte tragen würde.

Und nun denkt einmal darüber nach, Ihr Herren, was die Moral davon ist! Wo ist der Wille und wo die Kraft, dem Kapitalismus den Garaus zu machen?

— Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Die Polizeischuftereien und Niederträchtigkeiten, gepaart mit grenzenloser Dummheit, nehmen bei uns einen Charakter an, welcher geradezu an's Unglaubliche grenzt. War da am 20. März Frohme aus Bockenheim bei uns, flugs war denunzirt, Frohme ist mit einem schwarzen Paket zu Müller, und Binkert ist auch dort. Frohme und schwarzes Paket, zwei Objekte, die zum Mindesten einen Hochverrath involviren. Darum die ganze Polizeimannschaft, lauter Tagediebe und Taugenichtse, die als Arbeiter und Handwerker nicht den zehnten Theil soviel Eifer entwickelten, als jetzt bei der Sozialistenhetze, auf die Beine! Resultat bei ungefähr 10 Haussuchungen: 0. Kaum war die Haussuchung bei Genosse Müller vorüber, so erfolgte eine zweite, vorgenommen von anderen Tagedieben, die das Paket bestimmt finden sollten. Resultat: 00. So war der 20. März unser, d. h. uns gewidmet von der Polizei. Die Genossen werden sich vorstellen können, welches Aufsehen eine so geführte Sozialisten- oder Polizeihatz in einem Residenzstädtchen, wo nur faule Schlemmer leben, macht. Wir sind ja so daran gewöhnt, daß wir, selbst wenn sie bei Nacht kämen, wie Genosse Geiser einmal schrieb, höchstens ärgerlich gähnten. — Am 23. März war ein Vortrag angekündigt von Frau Guillaume-Schack (der ja im Parteiorgan schon Erwähnung geschah) über die Sittlichkeitsfrage. Das Auditorium bestand aus ungefähr 300 Männern und Frauen aus allen Kreisen. Als die Rednerin den Nachweis führte, wie die Polizei die Prostitution großzieht, unterstützt und pflegt, wie die Polizei den unglücklichen Opfern der Wüstlinge den Weg zur Besserung verlegt, und wie es auf die Willkür der höheren Polizeibeamten ankommt, ein einmal unter Sittenkontrole stehendes Mädchen wieder freizulassen, da verließ den überwachenden Revierkommissär Becht die Geduld. Wie der Storch im Salat schritt er auf die Vortragende zu und erklärte die Versammlung — man höre und staune! — wegen Verstoß wider die Sittlichkeit für aufgelöst!*) Welches Glück, daß die Dummheit keine Steuern zu zahlen braucht, dieser Becht käme das ganze Jahr über nicht vom Steuerbureau herunter.

Und nun etwas Internes und gleichzeitig als Warnung. Wir haben hier einen Spitzel entdeckt, der den „Sozialdemokrat" und die „Freiheit" **für die Polizei** per Post bezieht. Derselbe heißt Seiffert oder Seibert, was ja wohl im Postabonnentenbuch der Expedition nachgeschlagen werden kann.**) Die Londoner „Freiheits"männer dürfen sich darum auch nicht wundern, wenn sie erfahren, daß der Pseudo-Jean Fischer, welcher angeblich als Emissär von der Schweiz aus Deutschland bereisen sollte, hier nur dadurch verhaftet wurde, weil sie ihn an besagten Seibert wiesen. Darum vorsichtig, Ihr schon so oft gewarnten Londoner „Freiheit"sunvorsichtige, damit Ihr nicht Leute ganz unnöthig in's Gefängniß bringt; aber auch Vorsicht in unseren Reihen, damit die Polizei keine unnöthige Beute macht.

Und nun, trotz Genosse Breuel und seinen angeblichen Tausenden von Arbeitern, die hinter ihm stehen, die zeitgemäße Frage: Wann wird endlich der Tag der Vergeltung für alle die Polizeischurkereien kommen, an dem wir nach Gebühr heimzahlen können, was jetzt an uns gesündigt wird? Trage Jeder sein Scherflein dazu bei, daß der schon morsche Bau seinem Einsturz nahegeführt werde!

Ludwig V. von Gottes Gnaden.

— Aus dem Reiche der Polizei. In Magdeburg ist Genosse Dworsak wegen angeblicher Majestäts- und Bismarckbeleidigung verhaftet worden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch mittheilen, daß der in Breslau wegen Sitzenbleibens beim Hoch auf Wilhelm zu neun Monaten verurtheilte Maler Heil ein guter Parteigenosse ist.

In Berlin hat die Polizei wieder einmal eine Zusammenkunft von Sozialisten aufgehoben. Es ist wirklich hohe Zeit, daß an den Spitzeln, die ihr schuftiges Handwerk mit einer Schamlosigkeit sonder Gleichen betreiben, wieder einmal ein gehöriges Exempel statuirt wird!

— Oesterreich. Aus dem Lande der Niedertracht erhalten wir soeben den wackeren Reichenberger „Arbeiterfreund". Die ersten zwei Spalten unseres Bruderorgans glänzen wiederum in der Farbe der Unschuld. Der Leitartikel hat in den Augen des K. K. Staatsretters keine Gnade gefunden, nur die Ueberschrift ist geblieben: März-Erinnerungen. Und diese Ueberschrift, der als Text auf jeder Spalte nur das eine Wort „Konfiszirt", und auch das noch in Klammern, folgt, spricht deutlich genug. Eine furchtbar beredte Sprache, welche unsere Genossen in Nordböhmen sicher verstehen werden. März-Erinnerungen ——— Konfiszirt! Deutlicher kann man gar nicht sprechen.

Die Erweiterung des Wahlrechts auf die Fünfguldenmänner ist im österreichischen Reichsrathe angenommen worden; ob die vereinigten Ultramontanen und Czechen sich lange dieses Sieges freuen werden, bleibt abzuwarten. In Wien hat unter Betheiligung des demokratischen Abgeordneten Kronawetter eine Arbeiterversammlung stattgefunden, in welcher gegen die Versuche, die österreichischen Arbeiter für den Antisemitismus zu gewinnen, protestirt und das allgemeine Wahlrecht gefordert wurde. Ein Theil der Arbeiter wollte auch hievon nichts wissen, da sie vom Parlamentarismus überhaupt nichts erwarten. So berechtigt die letztere Ansicht nun auch an sich ist, so wenig berechtigt sie zu dem Schluß, daß deshalb das allgemeine Wahlrecht zu verwerfen sei. Allgemeines Wahlrecht und Parlamentarismus sind zwei sehr verschiedene Dinge, und es heißt die Arbeiterbewegung eines ihrer wichtigsten Hebel berauben, wenn man diese Forderung aus vermeintlichem Radikalismus fallen lassen zu müssen glaubt.

— Tapfere Frauen. Aus dem Nürschauer Streik erzählt der „Arbeiterfreund" noch folgende Episode:

„Einige Frauen warfen jene Arbeiter, welche trotz des Streikes eingefahren waren, eines Abends, als sie aus dem Schacht kamen, wegen dieser ihrer Handlungsweise mit Erdschollen und Steinen. Diese Frauen wurden mittelst Gendarmerie und einer Militärpatrouille verhaftet und in der Gendarmerie-Kaserne untergebracht. Nach Kurzem brachten andere Frauen den Verhafteten deren kleine Kinder. Die Gendarmerie verweigerte die Uebernahme dieser Kinder, allein die Frauen machten, was man so sagt, kurzen Prozeß: legten die Kinder der Verhafteten auf die Stiege und gingen fort. Dort konnten dieselben nicht liegen bleiben, also übergab man sie den Müttern, nahm dann mit den Verhafteten ein Protokoll auf und entließ sie. Nachträglich wurden 15 dieser Bergarbeiterfrauen zu je 48 Stunden Arrest verurtheilt; sieben Frauen wurden freigesprochen."

Herzergreifend sind die Schilderungen des Arbeiterelends, welche wir in den Korrespondenzen des „Arbeiterfreundes" finden. Die Lohnverhältnisse sind entsetzliche und die Art und Weise, wie die Kapitalisten ausgesogen die Arbeiter zu schinden wissen, geradezu empörend. Mit besonderer Schamlosigkeit wird die Ausbeutung in einer Eisengießerei in Biela betrieben. Nicht genug, daß die Arbeitszeit ohnehin eine übermäßige ist, wird den Arbeitern auch noch die Mittagsstunde dadurch verkürzt, daß die Uhr, wenn es auf Zwölf geht, zurückgestellt, kurz vor Eins aber wieder nachgedreht wird. Das schlimmste aber ist die Auszahlung. Der Herr Fabrikant, Richter heißt die Kanaille, zahlt den Arbeitern nie den vollen Lohn aus, sondern behält noch einen Theil zurück, mit dem er Wucher treibt. Verheirathete Männer werden oft mit 2—3 Gulden Lohn pro Woche abgefertigt, den Rest behält der Gauner trotz aller Bitten der verzweifelten Familienväter zurück. Und angesichts solcher Schändlichkeiten soll man noch die philosophische Ruhe bewahren, und nicht mit heißer Sehnsucht den Tag herbeiwünschen, an dem die Arbeiter mit starker Faust dreinschlagen und dem Ding ein Ende machen! Wir müßten kein Blut in den Adern haben, wenn wir bei solchen Infamien ruhig bleiben könnten!

— In Klumetz a. d. E. hatte ein Fabrikant, Tritsch, bei dem der Wochenlohn 3 Gulden betrug, die Schamlosigkeit, zweien seiner Arbeiter zuzumuthen, einen sogenannten Fabrikball zu arrangiren. Als ihm geantwortet wurde, daß die Arbeiter für Bälle kein Geld übrig hätten, drohte er den Betreffenden mit Entlassung, und richtig zog der Eine der Beiden es vor, seiner Wege zu gehen, ehe er sich entschloß, seinen Leidensgefährten zuzumuthen, mit hungrigem Magen zum Ruhme ihres Ausbeuters, denn darauf war es abgesehen, zu tanzen.

Das sind auch Zeichen der Zeit, die eine deutliche Sprache reden!

— Frankreich. Der Streik in Roanne ist so gut wie zu Ende; die Mehrzahl der Arbeiter ist durch den Hunger gezwungen worden, sich in's alte Joch zurückzubegeben, nur die Fabrik von Bréchard, dem schuftigen Anstifter der Aussperrung, ist noch gesperrt. Ein durch den Streik in's äußerste Elend gestürzter 19jähriger Arbeiter, Fournier, suchte sich vor wenigen Tagen an dem Zerstörer seiner und seiner Brüder Existenz durch einen Revolverschuß zu rächen. Der Schuß ging fehl, der von der ganzen Bevölkerung Roanne's gehaßte Blutsauger kam unversehrt davon, während der Proletarier im Gefängniß sitzt und dem Wahrspruch der „Gerechtigkeit" entgegensieht.

*) Jetzt ist Frau Guillaume-Schack gar wegen „groben Unfuges" vor Gericht gefordert worden. Das ist allerdings der Gipfel der Polizeiweisheit! Anm. d. Redakt.

**) Georg Ludwig Seibert ließ 1881 adressiren Schwanenstraße 36, später 39, sodann 1882 große Kaplaneigasse 42 und gegenwärtig wieder Schwanenstraße 39. Als seine Quittungsdevise im Briefkasten bestimmte er die hehren Worte: „Gleiches Recht für Alle". Möge ihm also gleiches Recht mit allen Spitzeln werden.

Die Bourgeoispresse heult natürlich ob dieser Folge der Zügellosigkeit der Arbeiter. Mit Recht hebt aber Ch. Longuet in der „Justice" hervor, wie die französischen Arbeiter ganz im Gegensatz zu ihren englischen Brüdern noch bei jedem Streik bis in die neueste Zeit hinein eine fabelhafte Mäßigung an den Tag gelegt haben. In England verlief früher selten ein Streik ohne Gewaltthätigkeiten, noch vor 15 Jahren lynchte in Sheffield eine organisirte Behme die Verräther an der Arbeitersache. Diejenigen, welche nur den phlegmatischen Bühnen-Engländer kennen, haben natürlich keine Ahnung von der angelsächsischen Leidenschaft. Erst seit die Trades-Unions eine anerkannte Macht sind, verlaufen in England die Streiks ruhiger. Und eine Macht wurden sie durch ihre Ausdauer, Energie und innere Disziplin!

In Bar-le-duc haben 6 Strickereifabriken ihren Arbeitern eine Lohnreduktion von ca. 20 Prozent angekündigt. Der Lohn würde von Fr. 2,10 per Tag auf Fr. 1,65 herabgehen, d. h. wenn man die zeitweiligen Stockungen einrechnet, noch nicht Fr. 1,25 per Tag. Auf einen solchen Hungerlohn erklärten die Arbeiterinnen sich nicht einlassen zu können und legten einmüthig die Arbeit nieder. Die Bevölkerung sympathisirt mit ihnen, ob aber diese Sympathie ihnen den Sieg verschaffen wird, ist uns nach Roanne mehr wie zweifelhaft. Die Hungerpeitsche ist mächtig, und die Kapitalhyänen wissen das leider zu gut.

Der Streik in Noirans dauert fort.

Das Fremdengesetz, welches die Regierung aus Veranlassung des Falles Lawroff eingebracht hat, ist ebenso reaktionär, als das bestehende. Nur diejenigen Flüchtlinge, welche bereits mehr als drei Jahre in Frankreich weilen, sollen einen gewissen Schutz genießen, alle anderen bleiben vogelfrei. Wenn die Deputirtenkammer nicht ganz gehörige Aenderungen vornimmt, so können sich die europäischen Regierungen in's Fäustchen lachen. Die Republik ist ihnen nicht gefährlich.

— Italien. Eine Erzschurkerei haben Bourgeoisie und Regierung im Bunde vor einiger Zeit gegen den muthigen Revolutionär Hamilcar Cipriani begangen. Cipriani hat unter Garibaldi für die Freiheit Italiens und im Jahre 1870/71 für die französische Republik, später für die Kommune von Paris gekämpft, wo er als Adjutant Flourens' fungirte. Im vorigen Jahre hatte die dankbare französische Republik den Mann, der 1870 für sie geblutet, von ihrem Territorium ausgewiesen. Cipriani ging nach Italien zurück, wo er sofort gefangen genommen wurde. Vor mehreren Jahren hatte Cipriani als Flüchtling in Alexandrien, als er von mehreren Individuen aus dem Hinterhalt überfallen wurde, drei derselben in der Nothwehr tödtlich verwundet, auch das wurde jetzt gegen ihn ausgespielt und das Schwurgericht von Ancona verurtheilte den verhaßten Sozialisten wegen Mordes, wegen politischer Verschwörung und Desertion zu 25 Jahren Strafarbeit.

Ein Schrei der Entrüstung ging durch die Bevölkerung, als das Urtheil bekannt wurde, Alles strömte zum Gerichtsgebäude, und als Cipriani aus demselben herausgeführt wurde, ertönte ein tausendstimmiges „Hoch Cipriani, hoch der heldenmüthige Kämpfer der Kommune!" Ohne eine vorherige Aufforderung, ohne irgend ein Signal ließ der Führer der in weiser Voraussicht aufgebotenen Truppen dieselben auf das wehrlose Volk, auf Frauen und Kinder mit gefälltem Bajonnet losgehen. Die Schmerzensschreie der Verwundeten waren herzzerreißend, aber ohne Rücksicht hieben Polizisten und Soldateska auf die sich flüchtenden Elemente ein. Später wurden dann auch noch die landesüblichen Verhaftungen vorgenommen.

Treffend stellt der „Avanti" diesem infamen Verdikt das von gleicher Gesinnung zeugende der Bourgeoisgeschworenen von Padua gegenüber, welche den ihrer Klasse angehörenden Joseph Parra aus Pisa, der einen arbeits- und mittellosen Proletarier umgebracht hatte, freisprachen. Als der freigesprochene Mörder nach Pisa kam, schrie die entrüstete Volksmenge: Tod den Mördern! Die Logik der Bourgeoisie sprach Parra frei und verurtheilte Cipriani, das Gefühl des Volkes verurtheilte Parra und sprach Cipriani frei.

Und mit dem Volke rufen auch wir: Hoch Cipriani!

— Anarchistisches. Der Londoner Spitzelmoniteur lagert in seiner neuesten Nummer eine ganze Fluth von Schimpfworten gegen uns ab, als Antwort auf unsere Notiz gegen den sauberen Herrn Ganz und aus Wuth darüber, daß dieser Ehrenmann sein Ergaunertes nicht mit seinen Kumpanen Schneidt, Deichsel und Konsorten getheilt hat, nach Ansicht dieser Herren das einzige Verbrechen ihres ehemaligen Freundes. Hätte er mit ihnen, wie es sonst Spitzbuben zu thun pflegen, redlich getheilt, so

„würden wir ganz entschieden für ihn eintreten, und dem Züricher „Sozialdemokrat" wollten wir dann gewiß nicht rathen, Ganz ob seines Thuns in den Koth zu zerren."

Das ist wenigstens deutlich gesprochen, und nur logisch von Leuten, die es mit ihren „sozialrevolutionären" Genossen für vereinbar halten, der Eine die Hamburger, der Andere die Berliner Arbeiter zu bestehlen.

Nicht jenen Schurken, wohl aber denjenigen ihrer bisherigen Anhänger, welche noch selbständig zu denken gewohnt sind, legen wir die Frage vor:

Gibt es etwas **Infameres,** als den Versuch, diejenige Klasse, welche noch allein in der Lage ist, die heutige durch und durch korrupte Gesellschaft zu regeneriren, das **Proletariat,** zu Spitzbüberei und Betrug zu verleiten, die Korruption der heutigen Gesellschaft in die Reihen der Vorkämpfer dieser Klasse zu tragen, Treu und Glauben in den Reihen der Arbeiter zu untergraben?!

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Korrespondenzen.

— **Aus Württemberg.** Wie der „Sozialdemokrat" bereits berichtet hat, fand im Monat Februar eine Konferenz der Württembergischen Genossen statt, welche von 13 Orten beschickt worden war. Zunächst wurde ein Rückblick geworfen auf unsere Thätigkeit seit der letzten allgemeinen Besprechung, auf welcher wir die Maßnahmen für die damals bevorstehende Reichstagskampagne berathen hatten. Dieselbe wurde damit eröffnet, daß wir die im Jahre 1880 begonnene Flugblattagitation fortsetzten und im Januar 1881 das Flugblatt „Ein Wort an die landwirthschaftliche Bevölkerung", im April das Flugblatt „Aufgepaßt!" im ganzen Lande verbreiteten. Beide Blätter machten guten Eindruck.

Ferner wurde versucht, die im Frühjahr 1881 den Reichstag beschäftigende Frage der Arbeiterunfallversicherung öffentlich in unserm Sinne erörtern zu lassen, indeß wurden unsere Versammlungen fast alle von vornherein verboten, so daß wir im Wesentlichen darauf angewiesen waren, in Versammlungen der Gegner unsere Meinung zur Geltung zu bringen. Dies geschah namentlich in Stuttgart der sogenannten Volkspartei gegenüber und es gestaltete sich unser Auftreten, mit wohlorganisirtem Massenbesuch, zu solch imposanter Demonstration, daß von da an unseren „Freiheitsmännern" der Muth verging, sich der freien Diskussion auszusetzen. In gleicher Weise, und ebenfalls mit großem Erfolg, wurde auch den Hirsch-Dunker'schen Harmonieapostseln entgegengetreten bei Gelegenheit des Kongresses der deutschen Gewerkvereine (was s. Zt. im im „Sozialdem." berichtet wurde.

Die herannahende Wahl zwang uns, frühzeitig für die nöthigen Geldmittel zu sorgen; schon im Frühjahr verbot uns die Stuttgarter Polizei

das Sammeln von Beiträgen für diesen Zweck. Das Verbot wurde gegen unsere Beschwerde in allen Instanzen aufrecht erhalten, und wollen wir zur Anerkennung für unsere Staatsretter beiläufig bemerken, daß dies auf Grund genauester Prüfung geschehen sein muß, da wir stets mindestens zwei Monate auf Bescheid warten mußten (zum Verbieten unserer Flugblätter genügte dagegen in der Regel ein Zeitraum von 3—4 Tagen).

Selbstverständlich hat uns das Verbot nicht gehindert, die zu einer ziemlich umfassenden Wahlagitation nothwendige Summe aufzubringen, Dank der Opferwilligkeit unserer Genossen. Dieselbe zeigte sich besonders glänzend, als die Sorge für eine Anzahl Verhafteter, resp. für deren Familien uns zu bedeutenden Ausgaben (wie aus dem Kassenbericht ersichtlich) veranlaßte. Denn wir blieben von Unglücksfällen nicht verschont, da die Flugblattverbreitung im April eine ganze Anzahl unserer Genossen in's Gefängniß brachte, theils um wochenlang resultatlos in Untersuchung gehalten zu werden, theils mit nachfolgenden Verurtheilungen zu mehr oder weniger langwierigen Haftstrafen.

Was nun die Reichstagswahl an sich betrifft, so hatten wir gemäß den gefaßten Beschlüssen unsere Kräfte hauptsächlich auf den ersten württembergischen Wahlkreis (Stuttgart Stadt und Amt) konzentrirt, und traten in die eigentliche Agitation ein zu Anfang September mit einem „An die Wähler von Stadt und Land" gerichteten Flugblatt, das in sehr großer Auflage ohne besondere Zwischenfälle verbreitet wurde. Das Blatt ward verboten, merkwürdiger Weise hatten unsere später erscheinenden Flugblätter dieses Schicksal nicht.

Wahl-Versammlungen, die wir vorbereiteten und ankündigten, wurden sämmtlich verboten, ja es erging ein besonderes Verbot, wonach weder unser Kandidat, Herr Dr. A. Duck in Untertürkheim, noch sonst Jemand dessen Programm öffentlich entwickeln durfte.

In gegnerischen Versammlungen wurde uns entweder von vornherein der Besuch untersagt, oder die Diskussion auf die einberufende Partei beschränkt, zahlreiche Polizeimannschaft sorgte in beiden Fällen mit bekannter Höflichkeit für Durchführung dieser Einrichtungen.

Somit blieb uns, außer allenfalls Privat-Agitation in Fabriken, am Biertisch ꝛc., nur die eine Waffe der Flugblätter. Es wird vielleicht interessiren, daß während der Wahlzeit allein im ersten württembergischen Wahlkreis 87,000 Aufrufe und 83,000 Stimmzettel von uns ausgegeben wurden.

Auch sorgten wir für sämmtliche Plätze in Württemberg, von welchen ein Begehren laut wurde, für Agitationsmaterial und versandten dahin im Ganzen etwa 36,000 Aufrufe und 40,000 Stimmzettel.

Nun zum Resultat all' dieser Kämpfe und Anstrengungen! Wir erzielten im ersten Wahlkreis 4,132 Stimmen gegen 4136 im Jahre 1878, von den Gegnern erhielt die sogenannte Volkspartei etwa 6000, die liberal-konservative Partei etwa 5000 Stimmen. Das ist ein Resultat, das wohl Manchem, der weiß, mit welcher Mühe wir so lange Zeit thätig waren, um Aufklärung unter den Wählern zu verbreiten, als ungünstig erscheinen kann. Indeß muß man erwägen, daß die sogenannte Volkspartei im Besitz aller Agitationsmittel und mit einem sehr populären Kandidaten leichtes Spiel hatte, die allgemein unzufriedenen, aber politisch unwissenden Wähler mit ihren Phrasen zu berücken, ja daß sie insbesondere in unseren ländlichen weit ausgedehnten Bezirken geradezu unsere Vorarbeit für sich verwerthen konnte, ohne daß wir, der Versammlungsfreiheit entbehrend, sie daran wirksam hindern konnten.

In den übrigen Wahlkreisen Württembergs, in denen unsere Freunde sich an der Wahl betheiligten, zeigten sich im Großen und Ganzen die gleichen Erscheinungen. Doch fällt an einzelnen Orten die starke Stimmabgabe für uns erfreulich auf: z. B. Eßlingen, das sogar in der Stadt die Mehrzahl für uns gab. Auch einzelne Orte, die bisher wenig in unserer Bewegung bekannt waren, zeigten eine unter den örtlichen Verhältnissen sehr beachtenswerthe Zahl von sozialdemokratischen Stimmen, z. B. Leutkirch.

In Stuttgart führte die Wahl noch zur Stichwahl zwischen dem Kandidaten der sogenannten Volks- und der liberalkonservativen Partei. Wir beschlossen in allgemeiner Berathung, die Abstimmung jedem Einzelnen frei zu stellen.

Im Dezember betheiligten wir uns noch bei der Gemeinderathswahl in Stuttgart, erzielten jedoch, hauptsächlich weil unser Eintreten zu spät erfolgte, keinen Erfolg.

Es schlossen sich an diesen Bericht, wie anfangs erwähnt, noch Mittheilungen aus den übrigen württembergischen Plätzen, gegeben von den Delegirten derselben, die ein sehr verschiedenes Bild lieferten. Während an einzelnen Orten die Bewegung im Zustande der Stagnation sich zu befinden scheint, gewähren andere, namentlich wenn eine regsame Agitation mit populären Schriften ꝛc. ihnen zu Hilfe kommt, sehr gute Aussichten für die Zukunft.

Der Kassenbericht ergab eine Gesammt-Einnahme von Mk. 3194. 76, der eine Ausgabe von Mk. 2816. 84 gegenüber steht.

Es wurde konstatirt, daß die württembergischen Genossen trotz der ungemein großen Ausgaben für Agitationskosten und Unterstützungen diese Summe lediglich selbst, ohne Zuhilfenahme auswärtiger Fonds, aufgebracht haben.

(Von den Beschlüssen der obigen Besprechung haben wir den betreffs des Parteiorgans schon veröffentlicht, weiter sind noch folgende zwei zu erwähnen.

2) Prinzipieller Beschluß: Die Sozialdemokraten Württembergs verpflichten sich, künftig bei allen Wahlen irgend welcher Art nur für Parteigenossen zu stimmen, niemals einen Gegner ihre Stimmen zu geben.

3) Die Redaktion des „Sozialdemokrat" aufzufordern: Monatlich je eine Nummer des „Sozialdemokrat" in Form und Haltung einer volksthümlichen Agitationsnummer erscheinen zu lassen.

Dieser Beschluß wurde damit motivirt, daß das Zentralorgan, so wie es für uns geschrieben sein muß, als Agitationsmittel für weitere Kreise nicht zu gebrauchen ist, unter Hinweisung auf den „Vorwärts", sowie einen ähnlichen Beschluß des Wydener Kongresses.

Weitere Beschlüsse sind zur Veröffentlichung nicht bestimmt.)

Die Besprechung schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

— **Iserlohn,** 24. März. Heute hatte unsere Partei hier einen glänzenden Erfolg, die Fortschrittspartei eine schmachvolle Niederlage zu verzeichnen. Bei der Nachwahl im Kreise Altena-Iserlohn hatte sich der Fortschritt uns gegenüber höchst unanständig benommen. Unter Anderem lancirten diese Herren auch ein Inserat in den Iserlohner Kreisanzeiger, durch dessen Inhalt unser Kandidat, Genosse Oppenheimer in Barmen, und zwei hiesige Genossen als „Menschen ohne jede Gesinnung" und als „Subjekte, die für ihre Skandalmacherei von sehr gut situirten Herren reichlich bezahlt seien", hingestellt wurden. Oppenheimer erhob deshalb Privatklage gegen den Redakteur, da der Verfasser des Inserates sich nicht genannt, sondern dasselbe feiger Weise mit „Ein Sozialdemokrat" unterzeichnet hatte. Diese Fälschung wurde im heutigen Termin von dem Vertreter des Beklagten, dem Reichstagsabgeordneten Lenzmann, offen zugestanden und ausdrücklich erklärt, das Inserat rühre von keinem Sozialdemokraten her, auch sei die beleidigende Insinuation der Bestechlichkeit ganz haltlos und aus der Luft gegriffen. Trotzdem plaidirte Lenzmann auf Freisprechung seines Klienten, indem er meinte, es sei nicht erwiesen, daß Oppenheimer mit dem Inserate gemeint sei, dasselbe betreffe vielmehr die Iserlohner Führer, welche die Frist zur Klagestellung versäumt hatten. Oppenheimer replizirte, der Inhalt treffe zweifellos ihn mit, auch identifizire er sich mit den Genossen in Iserlohn, die eben so wenig bestochen worden seien als er, welch' letzteren Umstand Lenzmann zugab, den Vorwurf der Gesinnungslosigkeit den Iserlohner Sozialisten gegenüber aber dadurch zu motiviren suchte, daß dieselben bei der Hauptwahl theilweise für den Fortschrittler eingetreten, bei der Nachwahl aber für ihren eigenen Kandidaten gewirkt hätten. Oppenheimer erwiderte, Gesinnungslosigkeit liege nur vor bei Zuwiderhandlung gegen das Parteiprogramm, nicht aber bei der Stellungnahme zu einer rein taktischen Frage, wie die Wahlbetheiligung. Jede Minorität habe das Recht selbstständigen Auftretens, denn nur dadurch könne sie eines Tages zur Majorität anwachsen. Auch die Fortschrittspartei habe im Wahlkampfe eine schwankende Stellung eingenommen, indem sie beispielsweise in Hanau mit den Sozialisten gegen die Konservativen, in Dresden und anderen Wahlkreisen mit den Konservativen gegen die Sozialisten gestimmt hätte.

Die Plaidoyers, die zwei Stunden in Anspruch nahmen, wurden im überfüllten Zuhörerraume mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Vergebens strengte Herr Lenzmann all' seinen Scharfsinn an, um durch juristische Spitzfindigkeiten seinen Parteifreund zu retten, vergebens äußerte er, als Jurist wisse er die Sache besser zu beurtheilen, als Kläger, der in solchen Fragen Laie sei und die Gelegenheit benutzt habe, um heute seine politische Redegewandtheit zu zeigen und die Sache zu einem Sensationsprozeß zu gestalten. Das Gericht gab nach fünfviertelstündiger Berathung in allen wesentlichen Punkten den Ausführungen des Klägers Recht und verurtheilte den Redakteur R. Wichelhoven wegen einfacher und verleumderischer Beleidigung zu 5 Wochen Gefängniß. Es bleibt nun abzuwarten, ob die liberale Presse von diesem Prozeß ebensoviel Aufhebens macht wie im Falle Berling-Bennigsen-Förder. Ich bezweifle es, denn wenn ein Sozialdemokrat verleumdet wird, heißt es bei den Meisten: „Ja, Bauer, das ist etwas ganz Anderes!"

Wir haben durch diese Affäre in Iserlohn und Umgegend entschieden an Sympathie gewonnen; die Fortschrittler aber werden sich's in Zukunft zweimal zu überlegen haben, bevor sie uns mit nichtswürdigen Verleumdungen bekämpfen.

Zur Steuer der Wahrheit sei indeß beigefügt, daß Lenzmann persönlich solch' gemeine Kampfweise verabscheut und das Odium lediglich den fortschrittlichen Lokalführern in Iserlohn zur Last fällt, bei denen damals gerade Eugen Richter zu Besuche war, der sie wohl solche taktische Kunststückchen gelehrt haben mag. Der Styl des Inserates roch nämlich ganz verzweifelt nach Richter'scher Mache, was auch im Plaidoyer angedeutet wurde.

— **Heidenheim a. Brenz.** Das Wahlresultat vom 27. Oktober v. J. hat auch in hiesiger Bevölkerung wieder zum politischen Leben aufgemuntert, und den Wunsch und das Interesse geweckt, mit den Parteigenossen Fühlung zu gewinnen. Wenn durch das Ausnahmegesetz viele Verbindungen abgeschnitten wurden und theilweise eine Pause eingetreten ist, so hat dieselbe doch nur zur Erholung und zur Sammlung der Gesinnungsgenossen gedient, damit sie mit neuer Kraft wieder in den Kampf treten können. Wie seither das Wohl der Arbeiter gefördert wurde, ist allbekannt, und werden Manchem über die heutige Arbeiterbeglückung die Augen aufgegangen sein. Wer an diesen Schwindel heute noch glaubt, der ist eben unverbesserlich.

Bei der letzten Reichstagswahl ließen sich die hiesigen Genossen von der Volkspartei verleiten, für deren Kandidaten zu stimmen und zu agitiren, wozu die Sozialdemokraten sehr erwünscht sind, nachher sind sie natürlich überflüssig, wie schon oft erlebt. Es ist nun die Wahl beanstandet; die Entscheidung mag nun ausfallen wie sie will, wir werden jedenfalls auf dem Posten sein, wenn wir an die Urne gerufen werden. Wir werden unsere Stimmen auf A. Bebel vereinigen und auch verwerben. Dies zur Notiz für unsere Genossen im 14. Wahlkreis.

Was nun die Arbeiterverhältnisse hier anbelangt, so werden hier sehr niedrige Löhne bezahlt; der Taglohn ist Mk. 1. 50 und darunter, nur ein kleiner Theil steht sich höher. Frauen und Kinder sind gezwungen, die meiste Zeit in der Fabrik zuzubringen, um den Lebensunterhalt mit zu erwerben. Wie die Fabrikordnungen, besser Zuchthausordnungen, gehandhabt werden, wollen wir später einmal beleuchten.

Was die hiesigen Genossen betrifft, so zeigt sich Muth und Begeisterung und wenn nicht besondere Hindernisse eintreten, so wird unser Streben nicht umsonst sein, trotzdem wir gänzlich mittellos sind und alle möglichen Unannehmlichkeiten zu überwinden haben, aber auf halbem Wege können wir nicht stehen bleiben, rückwärts gehen wir nicht, darum vorwärts für Recht und Gerechtigkeit!

Das Ideal eines hiesigen, „leider" aber nicht mehr unter den Lebenden weilenden Industriellen scheint sich zu verwirklichen, da es sehr eifrige Anbeter gefunden hat. Der Hallunke äußerte seiner Zeit in einer Fabrikanten-Versammlung, daß ein Arbeiter mit 70 Pfennigen sammt Familie gut auskommen könne, in den sieben fetten Jahren könne man (!) so viel erwerben, daß man die sieben magern Jahre nicht zu darben brauche. Als ihm ein Fabrikantensohn darauf erwiderte, daß das nicht möglich sei, erhielt der Betreffende für diese Aeußerung eine strenge Zurechtweisung, man setzte aus Schonung voraus, er sei im unzurechnungsfähigen Zustande gewesen.

Wie für die Arbeiter gesorgt wird, haben wir erst kürzlich an einem Beispiel ersehen, welches der Oeffentlichkeit mitgetheilt werden muß. Ein Arbeiter, welcher von seiner frühesten Jugend bis zu seinem 70. Lebensjahre in einer hiesigen Weberei ununterbrochen thätig war, hat endlich, durch Altersschwäche gezwungen, die Arbeit einstellen müssen und bezieht nun von diesem Geschäft eine Pension von täglich 20 Pfennigen! Kommentar überflüssig.

Mit der Haltung des Parteiorgans sind wir vollkommen einverstanden.

Audax.

— **Königswalde bei Annaberg,** den 2. März. Ein Stück aus der Moltke'schen Schule. Unsere sächsischen Preußen oder vielmehr ihre militärärztlichen spirituösen Nasen hatten bei der letzten Rekrutenaushebung einen gewissen Herrmann Weißbach von hier für tauglich befunden und auch zur Drillung einziehen lassen. Kurze Zeit darauf kam an die Mutter und den Gemeinde-Vorstand briefliche Mittheilung, daß der Betreffende gedankenlos, resp. wahn- oder irrsinnig sei.

Es wurde angefragt, ob die Mutter den Sohn haben wolle; da jedoch selbige kaum selbst im Stande ist, sich zu nähren und die andern Geschwister auch nur in Lohnsklaverei stehen, so wurde diese Frage (so gerne die Familie den Eingeheimsten zu sich genommen hätte) doch verneint.

Alsdann bekam die Gemeinde einen derartigen Staatsukas, der aber in gleicher Weise beantwortet wurde. Endlich fragte unser sächsischer Rechtsstaat gar nicht mehr, sondern transportirte den armen Teufel kurzweg nach Hause, und, wie verlautet, sollen Umstände vorhanden sein, die Ansprüche aus Staatsmitteln ausschließen.

Der arme Irre ist nun zu Hause. Der Zwickauer Hungerthurm nebst den Dressirkuren haben die junge Blüthe geknickt, und die arme Gemeinde soll nun den vom Staate unglücklich gemachten, von frechen und hochnäsigen Buben mißhandelten und ins Elend gebrachten Menschen aus Gemeindemitteln pflegen!

Oder, wenn nicht aus Gemeindemitteln, so sollen wohl die armen, sich abrackernden Verwandten eine solche ohnehin schon drückende Last tragen? O, möchte doch die Menschheit recht bald von den Ideen des Sozialismus durchdrungen werden, damit solche heute täglich vorkommende Schändlichkeiten unmöglich würden!

Wenn doch recht bald die Menschen in der Frühlingsluft als Freie und Gleiche wandelten! Und dazu bedarf es nur des eisernen Willens zum Sozialismus, der die sauberen Zustände vertilgen wird. Nur mit dem Dichterworte vorwärts:

Nun lasset uns mit ernstem Sinn besprechen,
Was wir zu thun, Geschehenes zu rächen!

Mit sozialdemokratischen Gruß! Wachtmann.

Achtung!

Kaltenbach, der deutsche Reichs-Oberspitzel aus Mülhausen i. E., derselbe, dessen Thätigkeit nebst Personalien wir eingehend in Nr. 52 des „Sozialdemokrat" am 26. Dezember 1880 geschildert haben, soll in Folge einer Duell-Affäre seine staatsrettende Thätigkeit nicht mehr in Deutschland, sondern seit einiger Zeit besonders in Bern und Genf persönlich ausüben.

Im Dienste der russischen Regierung die Nihilisten insbesondere zu überwachen, war sein Ideal schon zu jener Zeit, wo wir (siehe „Sozialdemokrat Nr. 52, 1880) ihn öffentlich der versuchten Verleitung zum Diebstahl beschuldigten, ohne daß er dagegen zu rechten den Muth gehabt hätte.

Die der „deutschen Entlohnung" gegenüber „enorm noble Bezahlung für Spionendienste" seitens der russischen Polizei — welche er damals unsern Kundschaftern gegenüber laut rühmte, um sie zu gewinnen —, hat ihn nun wahrscheinlich selbst in die „Höhle des Löwen" geführt. Er soll in Deutschland „Urlaub nach Rumänien" genommen und sich nach Bern, wo er unter der Adresse „Banquier Reif" sein „Propregeschäft" mit vermeheten Mitteln aufgenommen haben dürfte, verfügt haben.

Wir haben also endlich die „Ehre", ihn all unsren Verbündeten und Freunden in seiner neuen Stellung in der Schweiz nochmals vorzustellen:

Der russisch-deutsche Polizeispion Kaltenbach, früher Polizei-Inspektor in Mülhausen i. E., ist von mittlerer Größe, trägt einen schwarzen spitzen Schnurrbart, hat bräunliche Gesichtsfarbe, spricht mit badischem Ton und Accent. Repräsentirt den Offizier in Zivil, ebenso sich gern jovial und kavaliermäßig.

Besonderes Kennzeichen: Blinzelt fortwährend mit den Augen. Kaltenbach fungirt angeblich nicht um's Geld, sondern aus purer Vaterlandsliebe und zum Wohle der Menschheit.

Kreaturen und Spießgesellen lödert er mit Vorliebe mit dieser Einführungsphrase. Gegen „politisch Verdächtige und Gravirte" arrangirt Kaltenbach gerne Brief- und sonstige Aktendiebstähle, verspricht viel, hält wenig!

Kaltenbach hat im Jahr 1880 einen achtbaren Mann dingen wollen, um aus unseren Geschäftslokalitäten Adressen, Briefe, Versandtzettel, Bücherauszüge u. s. w. u. s. w. **zu stehlen**.

Seine Mouchards umschnüffeln und blokiren wochenlang — nach Art der Berliner „Zwanzig-Groschen-Jungens" — Wohnungen, Geschäfts- und Verkehrslokale von Emigranten und Flüchtlingen in zudringlichster und frechster Weise, nachdem sie dieselben theilweise polizeilich recherchirt. In benachbarten Wirthschaften und an öffentlichen Orten sucht man sodann ferner „Meinung gegen die Ausländer zu machen", sie beruflich zu schädigen, als „Friedensstörer in der Schweiz" zu verhetzen. Logiswirthe, Miether, Nachbarn, Kunden, Arbeitgeber, Mitarbeiter werden allarmirt und aufgestachelt, „die Hallunkenbande ausräuchern zu helfen". Selbst in Geschäftslokale und Privatwohnungen ihrer Beuteobjekte wagen sich diese polizeistischen Schmarotzerthiere.

Bern, Genf, Zürich, Winterthur ꝛc. sind ihre liebsten Tummelplätze und wir behalten uns vor, in Kurzem festzustellen, ob und in wie weit diese „internationale Spitzelinvasion" schweizerischerseits etwa wissentlich geduldet oder sekundirt wird.

Wir fordern alle Bedrohten zur höchsten Vorsicht auf und bitten dieselben, sowie alle Freunde der persönlichen Freiheit und des öffentlichen Anstandes, alle sonstigen Wahrnehmungen in der kundgegebenen Angelegenheit schleunigst zu unserer Kenntniß zu bringen, vor Allem aber für zeugenkräftige Anhalte besorgt zu bleiben, wie solche unsern Bekanntgaben stets zu Grunde liegen.

Die unabhängige Schweizerpresse ist gebeten, diesem öffentlichen Protest gegen die brutale Verletzung der persönlichen Freiheit in der Schweiz durch eine schamlose Polizeispionage, allseitig Gehör zu verschaffen.

Wahrheitsbeweise werden verbürgt.

Die Red. und Exped. des Sozialdemokrat.

Warnung.

In **Stuttgart** ist in der **Möbelfabrik** von **Gerson und Weber Streik** ausgebrochen. **Vor Zuzug wird gewarnt!**

Bericht folgt in nächster Nummer.

Warnung für Schneider.

Man warnt jeden Fachkollegen vor dem Besuche hiesiger Stadt, da die Arbeit gegenwärtig hier so schlecht bezahlt wird, daß der Arbeiter unmöglich im Stande ist, seine Existenz zu fristen. Die Preise sind folgende: Für Großstücke 8—18 Fr., Kleine von $2\frac{1}{2}$—$4\frac{1}{2}$ Fr. Auch wird darauf aufmerksam gemacht, daß wir gegenwärtig mit den Meistern unterhandeln, um bessere Bezahlung zu erzielen. Einstweilen möchten wir jeden Kollegen vor Zuzug gewarnt haben.

Die Schneidergewerkschaft Bern.

Briefkasten

der Redaktion: G. Hatschick in New-York: Nachdem wir Peters bereits in Nr. 5 einen Nachruf gewidmet, glaubten wir von dem Abdruck Ihrer später eingetroffenen Korrespondenz absehen zu dürfen, denn daß die dortigen Genossen, insbesondere die dortlebenden Ausgewiesenen einem wackeren Genossen die letzte Ehre nicht versagen würden, lag ja auf der Hand. Im Uebrigen aber werden uns Korrespondenzen von dort stets sehr erwünscht sein. Also, nichts für ungut und besten Gruß!

der Expedition. Mrne.: Alles erh. u. benützt. Verzögerung liegt nicht an uns. Werden Abhilfe veranlassen. — Dtsch. B. B'thur: Fr. 20,80 gef. b. d. Märzfeier auf Liste 307 s. d. russ. Genossen u. Fr. 17,— s. d. Ufds. dkd. erh. u. weitergegeben. — Chur: Fr. 1,— v. rothen Collegium u. Fr. 18,50 fürs „r. †" z. Märzfeier gef. dkd. erh. u. abgeleit. — Gebr. Hermgbs. St. Louis: Fr. 101,25 à Cto. u. B. B. B. London: Fr. 50,40 erst am 23/3. vom Adressaten ausgehändigt erh. — A. Höhne N.-Y.: Fr. 50,65 am 23/3. eingetroffen u. à Cto. gutgebr. Bf. am 22/3. beantw. — Cig. Fabr. Strait u. Stor. N.-York durch Carlsohn: Fr. 253,15 (50 Doll.) auf 3 Fds. dkd. vertheilt. *Spezialquittg. später. Bravo! — Rothbart: Mk. 58,80 pr. Dez. 81 erh. Ueber K. war nicht berichtet. Schstdg. folgt. Bfl. näheres. — J. B. K. H. a. B.: Mk. 24,— Ab. ab. April u. Rest, sowie Mk. 1,— s. d. Ufds. dkd. erh. Gewünschtes abgel. Brst. mehr. So ists recht! — G. E. u. Gen. Bl.: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh. — G. M. Kwlde: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh., ebenso Mk. 1,10 d. Agsds. dkd. zugew. Weiteres benützt. Probesdg. abgegs. — L. u. Sch. P. i. S.: Mk. 6,— Ab. 1. Qu. durch U. erh. Gruß! — ◇ Or.: Mk. 66,— Ab. Jan. u. Febr. u. Schst. erh. Bf. abgg. — Schndrgensch. Zch.: Fr. 10,— Ab. 1. Qu. erh. — O. Gp.: Mk. 12,10 s. Schst. u. Photgr. erh. Sdg. folgt. — Franziska: Mk. 5,— s. Schst. u. Beilage dkd. erh. 43 u. 44 folgen. Sdg. kommt aus dem „Vaterland". Gruß! — H. O. Paris: Fr. 2,50 Ab. 2. Qu. erh. — Kgsberg. i. P.: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh. — R. R. Kbg.: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh. Reklamirtes folgt. — M. B. B.: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. durch E. erh. Willkommen aller Art. — Hoffentl. jetzt Zür.: Fr. 2,— Ab. 1. Qu. erh. — C. Th. Sfc.: Fr. 2,— Ab. 2. Qu. erh. — F. B. Dtsch. Ber. Ulster: Die Behauptung ist entschieden falsch. Das B. ist ächt. — —O— Hu.: 36 vorgemerkt, ebenso das Weitere. — Garibaldi: Nachr. v. 24/3. sofort nach Eingang beantw. Hoffentl. jetzt Klarheit. — Rosa Bock: Am 28/3. haben Gewünschtes an J—a—O. dirigirt. — H. Rtsche. N.-Y.: Schst. ꝛc. am 27/3. abgesdt. „Evangelium der Dummen" gänzlich unbekannt. — Ph. Hdrch. Frontignan: Gut. — Hannibal: „Der ist besorgt und auf — notirt". — J. W. Gz.: öwfl. 1,70 Ab. 2. Qu. erh. — A. G. Hbn.: Mk. —,80 s. Schst. ꝛc. erh. Weiteres besorgt. — Berliner Jule: Fr. 2,— Ab. 2. Qu. erh. Fr. 3,— d. Ufds. dkd. zugew. — E. St. L.: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh. — J. G. K.: Mk. 6,— Ab. 2. u. 3. Qu. erh. — Frl. Rietmann St. G.: Fr. 2,— Ab. 2. Qu. erh. — „Vorbote" u. „Arbeiterzeitg." Chicago: Fr. 394,— (für 78 Doll.) d. Ufds. dkd. zugew. Kam wie gerufen. Gruß! — W. S. Paris: Der spekulative Kopf soll sich diesmal verspekulirt haben, dafür bürgen wir. — Nathan u. Co.: „Und was er sinnt ist Schrecken und was er schreibt ist Bl—ch" und was er blickt ist „Rebbes" und was er hat ist — Pech! — R. M. Buenos Ayres: Nachr. v. 28/2. am 29/3. erh. Dank u. Gruß! —

Zürich. Sonntag den 2. April, Abends ½8 Uhr, im goldenen Sternen

Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung: **Revolutionäre Taktik.**

Referent: Bg. Bernstein.

Jedermann hat Zutritt.

Hierauf **Geschlossene Versammlung.**

Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.

Der Vorstand.

Schweiz. Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.